

Haiti und der Krieg gegen die Armut

von Christoph Marischka

Eine angekündigte Krise

In ihrem ersten Bericht zur weltweiten Versorgung mit Nahrungsmitteln 2008 warnte die UN-Welternährungsorganisation FAO angesichts steigender Preise für Getreide und andere Grundnahrungsmittel, dass 36 Länder aufgrund akuter Nahrungsmittelknappheit auf Hilfe angewiesen seien. Die Produktion von Getreide ging, rechnet man China und Indien, die vorwiegend für die eigenen Märkte produzieren, heraus, im Jahr 2007 trotz zunehmender Weltbevölkerung um 2,2% zurück. Schlechte Ernten führten zu einer bedeutenden Reduzierung der Vorräte. Eine zunehmende industrielle Nutzung für „Bio“-Treibstoffe und als Tierfutter sowie steigende Öl- und damit Transportkosten taten ihr Übriges zu einer spürbaren Verknappung und Verteuerung der Grundnahrungsmittel. Für jedes der 36 Länder werden zudem spezifische Gründe angegeben, weshalb sich das Defizit zu einer Krise entwickeln könnte: Konflikte, die durch sie ausgelöst wurden Wanderungsbewegungen, Dürren und Naturkatastrophen. Auch Haiti befindet sich unter diesen Ländern. Die Gründe für die dortige angekündigte Krise werden eindeutig genannt: „Ende Oktober und Mitte Dezember verursachten die Tropenstürme Noel und Olga heftige Regenfälle und folgenschwere Fluten in der Dominikanischen Republik, Haiti und Cuba, die große Verluste bei der Ernte von Nahrungsmitteln und Exportgütern wie Reis, Bohnen, Kochbananen, Maniok und Zuckerrohr verursachten.“ Zudem gab es in Haiti Verzögerungen beim Import von Nahrungsmitteln.¹ Entsprechend sorgte die Aussage des UN-Generalsekretärs Ban Ki-Moons am 2.4.2007, wonach sich die wirtschaftliche Lage im Land deutlich verbessert hätte, für einigen Unmut in Haiti, weil sich die Menschen in der Realität immer weniger leisten konnten.

Kanonen statt Korn

Haiti ist das ärmste Land der westlichen Hemisphäre und das Armenhaus Zentralamerikas. Es gehört zu den drei Ländern mit dem größten Pro-Kopf-Defizit an Kalorien – 460 Kilokalorien fehlen den etwa 8.3 Mio. Einwohnern im Durchschnitt täglich. 80% der Bevölkerung sind arbeitslos.

Die wenigen, die Arbeit haben, müssen mit ihrem Lohn meist mehr als nur einen Haushalt versorgen. Die kleine, überwiegend hellhäutige und frankophone Oberschicht ist hiervon freilich nicht betroffen. Die aktuelle Regierung, die 2004 quasi durch einen Putsch und die anschließende militärische Intervention der USA, Frankreichs und Chiles an die Macht kam, bedient wöchentlich 1 Mio. US\$ Auslandsschulden. Zölle auf Importe wurden für die haitianische Industrie sofort nach der Flucht des ehemaligen Präsidenten Aristide abgeschafft, ebenso wie eine Forderung der früheren Regierung nach 22 Mrd. US\$ Schadensersatz gegenüber Frankreich.² Das World Food Programme hatte sich noch im Februar 2008 mit einem außerordentlichen Aufruf an die Geberländer gerichtet, um die drohende Nahrungsmittelknappheit abzuwenden. 96 Mio. US\$ seien notwendig, um die ärmsten 1.7 Mio. Einwohner mit dem Nötigsten zu versorgen, doch nur 12.4 Mio. kamen bislang zusammen. Dabei kann man nicht behaupten, dass sich die Internationale Gemeinschaft nicht engagiere: Die UN lösten bereits nach wenigen Wochen die Truppen der USA, Frankreichs und Chiles ab und ist seit dem mit knapp 7.000 Soldaten und bis zu 2.000 Polizisten präsent. Der Einsatz der „United Nations Stabilization Mission in Haiti“ (MINUSTAH) hat alleine im letzten Jahr über 535 Mio. US\$ gekostet.

Krieg gegen Armut

Die UN-Mission in Haiti ist insofern prototypisch, als sie von Anfang an nicht die Aufgabe hatte, bewaffnete und militärisch organisierte Einheiten zu trennen. Stattdessen besteht die Situation nach dem Putsch gegen den Präsidenten Aristide 2004 darin, dass haitianische Ex-Militärs, die zwischendurch in der Dominikanischen Republik im Exil lebten, gemeinsam mit der Haitian National Police (HNP) und den internationalen Truppen die Herrschaft ausübten. Soldaten, die sich ihnen entgegengestellt hätten, existierten nicht: Aristide hatte die Haitianische Armee Anfang 1995 aufgelöst. Aristides Machtbasis bestand in den Armenvierteln Haitis, deren Bewohner ihn unterstützen und zahlreich in der

Lavalas-Bewegung organisiert waren. Die Konfliktsituation, in welche die UN intervenierten, war also geprägt durch bewaffnete Polizeieinheiten und Ex-Militärs aus dem Exil einerseits und einer überwiegend unbewaffneten und völlig verarmten Bevölkerung andererseits. Die Arbeit der UN-Soldaten besteht im Wesentlichen darin, die Polizisten der HNP bei ihren Patrouillen zu begleiten, die (Wieder-)Eröffnung neuer Polizeistationen in den Armenvierteln militärisch abzusichern und gelegentlich robustere Razzien mit Panzer- und Hubschrauberunterstützung in den Slums durchzuführen: Am 6. Juli 2005 mündete eine solche Razzia im Stadtteil Cité Soleil in ein siebenstündiges Feuergefecht, bei dem die 400 UN-Soldaten mit Hubschrauberunterstützung 22.000 Schuss Munition verbraucht haben sollen.³ Ein Sprecher der MINUSTAH kommentierte anschließend, angesprochen auf die vermeintlich zahlreichen zivilen Opfer: „die Natur solcher Missionen in dicht bevölkertem urbanen Gelände ist so, dass immer ein Risiko ziviler Verluste besteht.“⁴ Häufiger gehen die Razzien allerdings mit solchen Meldungen zu Ende: „insgesamt wurden 41 Verdächtige festgenommen und sechs Waffen beschlagnahmt“ oder „96 Verdächtige, darunter vier bekannte Mitglieder einer Gang, wurden verhaftet und in den Gewahrsam der HNP übergeben“.⁵

Viele sitzen danach für unbestimmte Zeit und ohne offizielle Anklage in einem der 17 gnadenlos überfüllten Gefängnisse. Nur 10% der etwa 5.500 Inhaftierten wurden offiziell verurteilt, gegen viele nicht einmal Anklage erhoben. Unterernährung, Ausbrüche, Revolten und Seuchen sind an der Tagesordnung. Nach einem Bericht der International Crisis Group arbeiten im größten Gefängnis in Port-au-Prince, in dem 2.500 Menschen gefangen gehalten werden, gerade 25 Wärter.

Die International Crisis Group, ein von hochrangigen Politikern und Wissenschaftlern geführter und einflussreicher Thinktank, der sich selbst als „privates Außenministerium“⁶ sehen will, hat im Mai 2007 einen Bericht über die Misere im haitianischen Gefängniswesen veröffentlicht. Seine Schlussfolgerungen aus dieser vernichtenden Bilanz verdeutlichen die Einseitigkeit internationaler Lösungsansätze: Eine Geberkonferenz solle einen „Prison Construction Fund“ einrichten, mit dem die Kapazitäten der bestehenden Gefängnisse ausgebaut, mehr Personal angestellt und besser ausgerüstet werden und neue Gefängnisse, darunter mindestens ein Hochsicherheitsgefängnis, gebaut werden können.⁷

Auch die hiesige Presse, so sie überhaupt über Haiti berichtet, preist den repressiven Umgang mit der Armut als einzig richtigen Weg. So lobt nach einer erneuten Repressionswelle Klaus Ehringfeld am 23.10.2007 für das Handelsblatt die „Null-Toleranz-Politik“ des MINUSTAH-Chefs Edmond Mulet, der seinen Blauhelmsoldaten und Polizisten endlich „mehr Effizienz“ verordnet hätte. Unter dem Titel „Haiti findet aus der Krise“ beschreibt er:

„Im Slum Cité Soleil konnten Jugendbanden, einst von Ex-Präsident Aristide als Schlägertrupps benutzt, nach Lust und Laune morden, rauben und vergewaltigen. Nun wurden die schwerbewaffneten Verbände im Häuserkampf bezwungen – und das arme Land sieht die Chance zum Neuaufbau. Wer Cité Soleil besucht, fährt durch ein befriedetes Kriegsgebiet. Der Weg führt vorbei an Fassaden, übersät mit Einschusslöchern großen Kalibers, an ausgebrannten Autos und ausgeweideten Häusern. Brasilianische Blauhelmsoldaten sichern in weißen Uno-Panzerwagen wichtige Straßenkreuzungen im berüchtigtsten Slum von Haitis Hauptstadt Port-au-Prince. Es sind die Nachwirkungen eines Feldzugs, den die Bewohner von Cité Soleil respektvoll ‚Guerre‘ nennen – Krieg. ... Mit nächtlichen Luftangriffen aus Hubschraubern und einem Häuserkampf eroberten die Soldaten das brütend heiße Labyrinth aus Wellblech und Elend.“⁸

Diese Null-Toleranz-Politik gilt freilich nicht gegenüber den eigenen Soldaten. Ein Bericht der britischen Abteilung der NGO „Save the Children“ hat Vorfälle von Kindesmissbrauch durch „humanitäre Helfer“ und „Peacekeepers“ in Côte d'Ivoire, Südsudan und Haiti untersucht und zahlreiche Zeugenaussagen dokumentiert. In der Bevölkerung werden ganz überwiegend die bewaffneten UN-Soldaten für die Übergriffe verantwortlich gemacht. Auch nach internen Statistiken der UN richten sich fast 90% aller Missbrauchsvorwürfe gegen die bewaffneten Einheiten und nur einzelne gegen das UNHCR oder das World Food Programme.⁹

Hunger lässt sich nicht unterdrücken

Dass mit militärischer Gewalt und Razzien in den Slums aus der Krise zu finden wäre, während sich gleichzeitig eine Nahrungsmittelknappheit ankündigt und die internationalen Gelder statt in Armutsbekämpfung in die Bekämpfung der Armen fließen, ist freilich naiv. Am Donnerstag, den 3.4.2008 gingen Menschen in mehreren Städten Haitis gegen die hohen Lebensmittelpreise auf die Straße. In Les Cayes, der drittgrößten Stadt des Landes, errichte-

ten sie Barrikaden und zündeten Autoreifen an. Vor allem nachdem die MINUSTAH ihre Kräfte in der Stadt verstärkte, schien sich der Protest eher gegen diese zu richten. Ein Gebäude der UN wurde gestürmt und verwüstet, mehrere Fahrzeuge der Truppe angezündet. Am nächsten Tag eröffneten UN-Soldaten aus Uruguay das Feuer auf die Demonstranten und töteten mindestens vier Menschen. Angeblich hätten sich Drogenhändler aus der Hauptstadt unter die Demonstrierenden gemischt, welche mit den Sprechchören „Wir haben Hunger“ und „Runter mit den Preisen“ vor das Gebäude der UN zogen.¹⁰ Bis Dienstag, den 8.4.2008 ergriffen die Proteste endgültig auch die Hauptstadt und wurden von n-tv.de als „Angriff auf Reiche“ beschrieben. Die FAZ beschreibt die Lage am folgenden Tag ähnlich: „Am Dienstag waren Tausende Demonstranten in die Wohngebiete der Wohlhabenden in Port-au-Prince gezogen und hatten Straßenbarrikaden errichtet, drangen in Bankfilialen und Geschäfte ein, zerschlugen Fensterscheiben, plünderten und verwüsteten Supermärkte und zündeten Hunderte Autos an. Einheiten der Polizei und der MINUSTAH verhinderten mit Warnschüssen, Tränengas und Gummigeschossen, dass die wütende Menschenmenge den Präsidentenpalast im Zentrum der Hauptstadt stürmte.“¹¹ Neben dem Präsidentenpalast, der von den UN-Soldaten mit Panzern umstellt wurde, kam es auch um den internationalen Flughafen zu Zusammenstößen zwischen UN-Truppen und Demonstranten.¹² Die Regierung hatte sich, während sich die Proteste ausweiteten, nicht an die Bevölkerung gewandt, stattdessen aber gegenüber ihren internationalen Verbündeten „Rauschgiftbanden“ für die Eskalation verantwortlich gemacht. Der Sicherheitsrat und der Generalsekretär der UN beeilten sich entsprechend am 8. und 9.4.2008, die Gewalt der Demonstranten zu verurteilen, nicht aber die ihrer eigenen Soldaten, die mindestens vier Menschen erschossen und Dutzende verletzt haben. Dann jedoch schwenkte die haitianische Regierung auf Beschwichtigung um: Präsident Préval kündigte Preissenkungen an und der Senat setzte Ministerpräsidenten Alexis ab. „Ich glaube, das wird die Bevölkerung zufrieden stellen“ wird einer der Abgeordneten zitiert. Die UN hingegen bezeichnete die Absetzung des Ministerpräsidenten als „schweren Rückschlag“.¹³

Hungerproteste weltweit

Am gleichen Wochenende, an dem sich die Proteste in Haiti zuspitzten, war in Ägypten ein Generalstreik angekündigt. Auch hier ging es um zu niedrige Löhne

angesichts der massiv gestiegenen Lebensmittelpreise. Speerspitze der Proteste waren dabei die Arbeiter in der Textilbranche. Deren größte Betriebe wurden am Sonntag von Sicherheitskräften übernommen, bereits am Werkstor wurden die Gewerkschaftsführer festgenommen, ein Arbeiter berichtete gegenüber der NZZ, jeder, der bei der Arbeit versucht habe zu sprechen, sei abgeführt worden. In den Städten fuhren Armee und Polizei auf und verhinderten Menschenansammlungen auf größeren Plätzen.

Auch in Burkina Faso, Kamerun, Indonesien, Côte d'Ivoire, Mauretanien, Mozambique und Senegal ist es in den vergangenen Monaten zu Protesten gegen die erhöhten Lebensmittelpreise gekommen. Die Polizei, die gegen diese vorging, wurde in vielen dieser Länder im Rahmen eines G8-Projektes von italienischen Carabinieri ausgebildet: Am so genannten „Center of Excellence for Stability Police Units“ (COESPU) im italienischen Vincenza trainieren die italienischen Gendarmerieeinheiten, die sowohl dem Innen- wie dem Verteidigungsministerium unterstehen, hohe Polizeikräfte aus dem globalen Süden in erster Linie für Auslandseinsätze aus und leisten so einen Anteil an der Militarisierung der Polizeien ärmerer Staaten. Neben Kamerun und Senegal nahmen auch Pakistan und Kenia bislang an diesem Programm teil, beides Länder, in denen in den letzten Monaten Proteste der Opposition blutig niedergeschlagen wurden. Neben dem COESPU bestehen zahlreiche weitere Programme zur Ausbildung und Ausrüstung der Sicherheitskräfte von Drittstaaten, viele im Rahmen so genannter Sicherheitssektorreformen in Konfliktgebieten. Im Rahmen von ESVP-Missionen wurden und werden in der DR Congo, Irak, Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, den Palästinensergebieten sowie - hier begrenzt auf den Grenzschutz - in Moldawien und der Ukraine von der EU Polizeikräfte aufgebaut und ausgebildet. Daneben existieren entsprechende Projekte der UN (eines beispielsweise in Tschad und der Zentralafrikanischen Republik, welches durch den aktuellen EU-Militäreinsatz in diesen Ländern flankiert wird) und einzelner Staaten.

Staatlichkeit heißt Polizei und Militär

Tatsächlich entspricht der Aufbau paramilitärischer Polizeieinheiten längst den offiziellen Strategien im Umgang mit so genannten scheiternden Staaten, er wird häufig gar als Entwicklungshilfe bezeichnet und auch entsprechend aus den Budgets für Entwicklungszusammenarbeit finanziert.¹⁴ Dort, wo Polizei und Militär

die gewünschte Ordnung nicht mehr aufrecht erhalten können, wird von begrenzter Staatlichkeit gesprochen und aufgerüstet. Genau hier liegt das Problem: Die einzelnen Staaten und die Staatengemeinschaft entziehen sich ihrer sozialen Verantwortung und reagieren auf die darauf folgenden Verwerfungen und Bewegungen rein repressiv. Sie treten ein in den Krieg gegen die eigene Bevölkerung.¹⁵ „Zur Zeit ist eines der größten Risiken, dass die gegenwärtig Ausgeschlossenen irgendwann Gehör finden und ihren Einfluss dann auf nationaler Ebene wieder geltend machen.“¹⁶ Genau dies zu verhindern ist demnach Ziel der internationalen Politik, der global governance. Genau dies scheint auch Ziel der UN-Mission in Haiti zu sein.

Neue Konzepte?

Die Proteste in Haiti, welche die Regierung zumindest zum Teil zum Reagieren zwangen und den Ministerpräsidenten sein Amt kosteten, haben zumindest oberflächlich zu einem Umdenken gezwungen. UN-Soldaten, die den Präsidentenpalast

vor hungrigen Demonstranten schützten, gaben kein gutes Bild ab und plötzlich interessierte sich die Presse und die internationale Gemeinschaft für die steigenden Lebensmittelpreise und die Hungerproteste in den anderen Ländern, die sie zuvor sträflich ignoriert hatten. „Bio“-Kraftstoffe und Pflichtbeimischungen sind in die Kritik geraten, Anfang Juni berief die UN einen Welternährungsgipfel in Rom ein, zu dem auch tatsächlich aus etwa 40 Ländern die Staats- und Regierungschefs anreisten. Freilich soll erst einmal Geld gesammelt werden, um auf akute Notlagen zu reagieren, für die Erarbeitung neuer Konzepte zum Welthandel mit Nahrungsmitteln setzen die Regierungen auf IWF und Weltbank, deren Verantwortung für die Verarmung weiter Bevölkerungsteile durch Marktöffnung und Bevorzugung industrieller Landwirtschaft, die für globale Märkte produziert, derweil offenkundig ist. Der Generaldirektor der FAO hingegen stellte folgenden Vergleich an: Nur 30 Milliarden US\$ im Jahr seien notwendig, um weltweit Hunger und Unterernährung zu

beenden. Dies sei ein Vierzigstel der globalen Rüstungsausgaben. Noch während des Gipfels wurde in Deutschland das Friedensgutachten 2008 vorgelegt. Demnach wurde im Vorjahr so viel Geld wie nie zuvor in Waffen investiert, 1.200 Milliarden US\$ weltweit. Die Ausbildung und Ausrüstung von Polizeieinheiten sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Anmerkungen

¹ FAO: Crop Prospects and Food Situation, No. 1, February 2008

² Mark Schuller: Haitian Food Riots Unnerving but Not Surprising, Americas Program Special Report 2008

³ Diese Zahl stammt von einem Artikel des Interventionskritischen ‚Haiti Action Committee‘ in San Francisco, Sie wurde allerdings auch durch den US-Botschafter in Haiti zitiert (http://www.haitiaction.net/News/HIP/1_23_7/1_23_7.html).

⁴ UN News Center: In robust fight against Haiti's gangs, UN peacekeepers seek to avoid civilian casualties, <http://www0.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=15135&Cr=Haiti&Cr1=>

⁵ UN-Sicherheitsrat: Report of the Secretary-General on the United Nations Stabilization Mission in Haiti (S/2005/124)

⁶ Berit Bliesemann de Guevara: Gebrauchshinweise beachten! Die Berichte der International Crisis Group, GIGA-Fokus, Nr.4/2007

⁷ ICG: Haiti - Prison Reform and the Rule of Law, Latin America/Caribbean Briefing No. 15

⁸ Klaus Ehringfeld: Haiti findet aus der Krise, Handelsblatt vom 23.10.2007

⁹ Corinna Csáky: No One to Turn To - The under-reporting of child sexual exploitation and abuse by aid workers and peacekeepers, Save the Children Fund 2008

¹⁰ Kampf ums bezahlbare Essen, taz vom 9.4.2008

¹¹ Matthias Rüb: UN: Haiti braucht dringende Hilfe, FAZ.net, 9.4.2008

¹² Journalisten vor Ort gaben jedoch an, das sich nur eine kleine Minderheit an den gewalttätigen Protesten und Plünderungen beteiligt hätte, so auch Mark Schuller, der stattdessen nachbarschaftliche Selbsthilfe als dominante Reaktion auf die Armut beschreibt, siehe Mark Schuller: Haitian Food Riots Unnerving but Not Surprising, Americas Program Special Report 2008

¹³ Zit. Nach: junge welt, 14.4.2008

¹⁴ Jürgen Wagner: Mit Sicherheit keine Entwicklung! Die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit, Studie im Auftrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE. August 2007 Elektronische Vorab-Fassung, <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7796242967.pdf>

¹⁵ Christoph Marischka: Rüsten für den globalen Bürgerkrieg, IMI-Studie 2007/08

¹⁶ David Bowers: Nationale Bedrohungen für globale Bestrebungen, in: griephan global security, Herbst 2007

Bürgerrechte & Polizei/CILIP

CILIP 89 (1/2008): Europas Grenzen: innen – außen

Einzelheft:
7,50 EUR

Abonnement (3 Hefte):
19,50 EUR

Alle Preise inkl. Porto im
Inland

Bitte fordern Sie eine Liste der
lieferbaren Hefte an!



Im Schwerpunkt:

Vernetzungsmaschine Frontex, Grenzpaket der EU-Kommission, Exterritoriale Lager in Libyen und der Ukraine, Abschiebelage in Bramsche, Visumpolitik, Schleierfahndung u.a.

außerdem:

Geheimdienste aktiv: 129a-Verfahren gegen G8-GegnerInnen, Fußball-EM in der Schweiz, Überwachungsinstrument SIS

Bestellungen an:

Bürgerrechte & Polizei/CILIP c/o FU Berlin · Malteserstraße 74-100
12249 Berlin · fon (030) 838-70462 · fax (030) 775 10 73
E-Mail: vertrieb@cilip.de · www.cilip.de